

## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XV
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX
Literaturverzeichnis . . . . .	XXXV
<b>Erstes Kapitel: Einführung und Problemaufriss . . . . .</b>	<b>1</b>
A. Einführung . . . . .	1
B. Untersuchungsgegenstände . . . . .	5
I. Internet . . . . .	5
II. Infrastrukturdienstleister im Internet . . . . .	8
III. Nutzergenerierte Inhalte und „Web 2.0“ . . . . .	16
IV. Online-Auktionsplattformen . . . . .	18
V. Online-Diskussionsforen . . . . .	21
C. Besondere Bedeutung der Unterlassungsansprüche im Zusammenhang mit dem Internet . . . . .	22
I. Praktische Bedeutung . . . . .	22
II. Grundkonflikt der Verantwortlichkeit für fremdes Handeln . . . . .	23
D. Gang der Darstellung . . . . .	24
<b>Zweites Kapitel: Unterlassungsansprüche . . . . .</b>	<b>27</b>
A. Einleitung und thematische Eingrenzung . . . . .	27
B. Dogmatische Grundlagen . . . . .	27
I. Rechtsnatur . . . . .	27
II. Begriff und Inhalt der Haftung . . . . .	29
III. Anspruchsgrundlagen . . . . .	29
IV. Aktivlegitimation . . . . .	30
V. Passivlegitimation . . . . .	31
VI. Begehungsgefahr . . . . .	35
VII. Abgrenzung zu Ansprüchen auf Beseitigung . . . . .	37
VIII. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen . . . . .	39
C. Grundlagen und Probleme der Rechtsdurchsetzung . . . . .	40
I. Einstweiliger Rechtsschutz und flankierende Entwicklungen . . . . .	40
II. Rechtsinstitut der außergerichtlichen Abmahnung . . . . .	40
III. Vollstreckung eines Unterlassungstitels . . . . .	45

<b>Drittes Kapitel: Die Grundsätze der Störerhaftung</b> .....	47
A. Einführung .....	47
I. Entwicklung und Begriff .....	47
II. Dogmatische Herleitung .....	49
III. Grundsätzliche Kritik an der Störerhaftung .....	52
B. Haftungsbeschränkungen .....	53
I. Problemaufriss .....	53
II. Ausgangspunkt der Rechtsprechung .....	54
III. Materielle Ansätze in der Literatur .....	57
IV. Prozessuale Ansätze einer Haftungsbegrenzung .....	61
V. Differenzierung nach dem Primärhaftungstatbestand .....	62
VI. Prüfungspflichten .....	63
C. Dogmatik der Verkehrspflichten .....	65
I. Grundlagen und Herleitung .....	65
II. Verkehrspflichten bei mittelbaren Verletzungshandlungen .....	66
III. Systematische Verortung .....	67
IV. Inhalt und Grenzen der Verkehrspflichten .....	68
V. Parallele zu den Prüfungspflichten .....	69
D. Exkurs: Dogmatik der Sorgfaltspflichten im Rahmen der Fahrlässigkeitshaftung .....	69
E. Dogmatik der Prüfungspflichten .....	70
I. Systematisches Verhältnis zu den Verkehrspflichten .....	70
II. Verortung im Prüfungsaufbau .....	74
III. Zeitliche Begrenzung der Prüfungspflichten? .....	75
F. Systematisierung der Kriterien .....	76
I. Methodischer Ansatz .....	76
II. Der potentielle Störer und sein Handlungsbeitrag .....	77
III. Der Primärverletzer und sein Handlungsbeitrag .....	86
<b>Viertes Kapitel: Spezifische Rechtslage für Telemedien     im Internet</b> .....	91
A. Gesetzliche Grundlagen .....	91
I. Einführung .....	91
II. IuKDG (1997) .....	92
III. Mediendienste-Staatsvertrag (1997) .....	94
IV. E-Commerce-Richtlinie .....	95
V. EGG .....	97
VI. TDG (2002) und MDStV (2002) .....	98
VII. Telemediengesetz (2007) .....	98

B. Systematik der Providerhaftung	99
I. Überblick	99
II. Telemedien	100
III. Verantwortlichkeit und Haftung	102
IV. Inhalte und Information	104
V. Eigene und fremde Informationen	105
VI. Kenntnis	114
VII. Haftungssystematik des TMG	122
VIII. Haftung von Domainvergabestellen	133
IX. Haftung des administrativen Kontakts (Admin-C)	138
X. Auskunftsansprüche gegen Provider	142
<b>Fünftes Kapitel: Störerhaftung im Internet – eine komplexe Synthese</b>	<b>151</b>
A. Einführung	151
B. Prüfungspflichten und Überwachungspflichten	152
I. Systematisches Verhältnis	152
II. Auswirkung der (Befreiung von) Überwachungspflichten auf materiell-rechtliche Kenntniserfordernisse	153
III. Konflikt zwischen § 7 II 1 TMG und der Auferlegung von Prüfungspflichten	155
C. Vollstreckungsrecht	159
I. Allgemeines	159
II. Tenor des Unterlassungsanspruchs	159
III. Lösungsmöglichkeiten	160
D. Fazit: Auswirkungen auf die Anspruchsvoraussetzungen	163
I. Unterlassungsanspruch gegen Diensteanbieter im Internet	163
II. Insbesondere: Bedeutung für die Abmahnung	163
<b>Sechstes Kapitel: Haftung der Online-Auktionsplattformen</b>	<b>165</b>
A. Einführung	165
I. Problem	165
II. Begriffsklärungen	167
B. Haftung des Einstellers	168
I. Situation	168
II. Anwendung allgemeiner Regeln	168
C. Übersicht zum Spektrum der Haftung des Betreibers der Auktionsplattform	169
I. Einführung	169
II. Haftungskonstellationen außerhalb des Zivilrechts	169
III. Zivilrechtliche Haftung	172

D. Anwendbarkeit des TMG .....	175
I. Grundsätzliches .....	175
II. Sperrwirkung der GMVO .....	177
III. Einordnung in die Kategorien des TMG .....	179
E. Haftung für eigenes Handeln .....	181
I. Täterschaftliche Begehungsform (§ 830 I 1 BGB) .....	181
II. Teilnehmerhaftung (§ 830 II BGB) .....	181
F. Störerhaftung der Betreiber von Online-Auktionsplattformen .....	182
I. Einführung .....	182
II. Sonderprogramme für Rechteinhaber .....	183
III. Differenzierte Haftung .....	183
G. Differenzierendes Modell der Überwachungs- und Prüfungspflichten .....	184
I. Grundsätzliche Haftung .....	184
II. Eintritt und Umfang der verschärften Haftung .....	184
III. Kriterien für die Bestimmung der relativen Überwachungs- pflichten .....	185
IV. Zeitliche Begrenzung der Überwachungs- und Prüfungspflichten? .....	189
V. Vergleich mit der Haftungsprivilegierung nach dem TMG .....	190
<b>Siebtes Kapitel: Haftung der Online-Diskussionsplattformen ...</b>	<b>191</b>
A. Einführung und Begriffsklärungen .....	191
I. Diskussionsplattformen .....	191
II. Wichtige Begriffe .....	191
B. Haftung der Nutzer von Diskussionsplattformen .....	193
I. Haftung des Autors .....	193
II. Insbesondere: Die Auswirkungen der Pseudonymität ....	194
III. Das „virtuelle Hausrecht“ .....	194
C. Übersicht zum Spektrum der Haftung des Betreibers der Diskussionsplattform .....	196
D. Haftung für eigenes Handeln .....	198
I. Haftung als Täter (§ 830 I 1 BGB) oder Teilnehmer (§ 830 II BGB) .....	198
II. „Zueigenmachen“ von Informationen .....	198
E. Störerhaftung des Plattformbetreibers .....	200
I. Besonderheiten der Kenntniszurechnung .....	200
II. Absolute Überwachungs- und Prüfungspflichten .....	200
III. Relative Überwachungs- und Prüfungspflichten .....	202

IV. Zeitliche Begrenzung der Überwachungs- und Prüfungspflichten? .....	204
<b>Achtes Kapitel: Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	<b>205</b>
A. Störerhaftung .....	205
B. Providerhaftung .....	205
C. Haftung der Online-Auktionsplattformen und der Online-Diskussionsplattformen .....	206
D. Ausblick .....	207
Stichwortverzeichnis .....	209

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXV
<b>Erstes Kapitel: Einführung und Problemaufriss</b>	<b>1</b>
A. Einführung	1
B. Untersuchungsgegenstände	5
I. Internet	5
1. Entwicklung und Bedeutung	5
2. Technologische Innovation und Rechtswandel	7
II. Infrastrukturdienstleister im Internet	8
1. Überblick	8
2. Dienste des Internet	8
3. Provider	8
a) Allgemeines	8
b) Zulassungspflichtigkeit	9
aa) Telemedienrecht	9
bb) Telekommunikationsrecht	9
c) Content-Provider	10
d) Host-Provider	11
e) Access-Provider	11
f) Service-Provider	12
4. Server	13
a) Allgemeines	13
b) Webserver	13
c) FTP-Server	13
d) Mail-Server	14
e) News-Server	14
f) IRC-Server	14
5. Peer-to-Peer-Netzwerke	14
6. Zukünftige Entwicklung	15
III. Nutzergenerierte Inhalte und „Web 2.0“	16
1. Gemeinschaftsplattformen	16
2. „Web 2.0“	17
IV. Online-Auktionsplattformen	18
1. Begriffsklärung	18

2. Bedeutung	20
V. Online-Diskussionsforen	21
1. Begriffsklärung	21
2. Bedeutung	22
C. Besondere Bedeutung der Unterlassungsansprüche im Zusammenhang mit dem Internet	22
I. Praktische Bedeutung	22
II. Grundkonflikt der Verantwortlichkeit für fremdes Handeln	23
D. Gang der Darstellung	24
<b>Zweites Kapitel: Unterlassungsansprüche</b>	<b>27</b>
A. Einleitung und thematische Eingrenzung	27
B. Dogmatische Grundlagen	27
I. Rechtsnatur	27
II. Begriff und Inhalt der Haftung	29
III. Anspruchsgrundlagen	29
1. Handlungs- und erfolgsorientierte Haftungsnormen	29
2. Fachgesetze	30
3. Allgemeiner Unterlassungsanspruch (§§ 12, 823, 862, 1004 BGB analog)	30
IV. Aktivlegitimation	30
V. Passivlegitimation	31
1. Allgemeines und Begriffliches	31
2. Haftung des unmittelbaren Verletzers	33
3. Haftung für das Verhalten Dritter	33
a) § 278 BGB	33
b) § 31 BGB	33
c) § 831 I 1 BGB	34
d) § 8 II UWG (§ 13 IV UWG a.F.), § 99 UrhG	34
4. Störerhaftung	34
5. Haftung mehrerer Personen	34
VI. Begehungsgefahr	35
1. Allgemeines	35
2. Wiederholungsgefahr	35
3. Erstbegehungsgefahr	36
4. Beseitigung der Wiederholungsgefahr	36
a) Problem	36
b) Strafbewehrte Unterlassungserklärung	36
VII. Abgrenzung zu Ansprüchen auf Beseitigung	37
1. Inhalt	37
2. Unterscheidung zu den Unterlassungsansprüchen	37
3. Besonderheiten im Internet	37

a) Art und Umfang der Beseitigung .....	37
b) Geringe Verschuldensanforderungen .....	38
VIII. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen .....	39
1. Anspruchsinhalt und Verschuldenserfordernis .....	39
2. Grenzfälle zwischen Beseitigung und Schadensersatz ..	39
C. Grundlagen und Probleme der Rechtsdurchsetzung .....	40
I. Einstweiliger Rechtsschutz und flankierende Entwicklun- gen .....	40
II. Rechtsinstitut der außergerichtlichen Abmahnung .....	40
1. Bedeutung .....	40
2. Rechtsverhältnis zwischen Abmahnendem und Abge- mahntem .....	41
3. Strafbewehrte Unterlassungserklärung .....	41
4. Kostentragungspflicht des Abgemahnten .....	42
a) Herleitung .....	42
b) Missbrauchskonstellationen .....	43
5. Abschlusschreiben und Abschlusserklärung .....	43
6. Reaktionsmöglichkeiten des unbegründet Abgemahnten	44
a) Abwehr und Kostenersatz .....	44
b) Schadensersatz .....	45
III. Vollstreckung eines Unterlassungstitels .....	45
<b>Drittes Kapitel: Die Grundsätze der Störerhaftung .....</b>	<b>47</b>
A. Einführung .....	47
I. Entwicklung und Begriff .....	47
1. Enger Störerbegriff .....	47
2. Obersätze der Rechtsprechung .....	48
3. Keine „Haftungshierarchie“ .....	48
II. Dogmatische Herleitung .....	49
1. Sachenrechtlicher Abwehranspruch .....	49
2. Voraussetzungen .....	50
a) Rechtsverletzung (Akzessorietät) .....	50
b) Tatsächliche und rechtliche Möglichkeit der Verhinde- rung der Rechtsverletzung .....	50
c) Rechtswidrigkeit (keine Duldungspflicht) .....	50
d) Verletzung von Prüfungspflichten .....	50
3. Vorbeugende Störerhaftung? .....	51
III. Grundsätzliche Kritik an der Störerhaftung .....	52
1. Allgemeines .....	52
2. Störerhaftung im Wettbewerbsrecht .....	52
B. Haftungsbeschränkungen .....	53
I. Problemaufriss .....	53

II. Ausgangspunkt der Rechtsprechung	54
1. Rechtsfolgenlösung	54
2. Tatbestandslösung	55
a) Entwicklung	55
b) Kritische Würdigung	57
III. Materielle Ansätze in der Literatur	57
1. Zumutbarkeit ( <i>von Gierke</i> )	57
2. Unternehmensträgerlösung ( <i>Schünemann</i> )	58
3. Teilnahmelösung ( <i>Köhler</i> )	59
a) Darstellung und kritische Würdigung	59
b) Insbesondere: Der Wertungswiderspruch im Verhältnis zur Schadensersatzhaftung	60
c) Grundlinien der Teilnehmerhaftung nach § 830 II BGB	61
IV. Prozessuale Ansätze einer Haftungsbegrenzung	61
1. Rechtsschutzinteresse	61
2. Probleme dieser Lösung	62
V. Differenzierung nach dem Primärhaftungstatbestand	62
VI. Prüfungspflichten	63
1. Obersätze der Rechtsprechung	63
a) Allgemein	63
b) Presseorgane	63
2. Darlegungs- und Beweislast	64
3. Dogmatische Qualität der Prüfungspflichten	65
C. Dogmatik der Verkehrspflichten	65
I. Grundlagen und Herleitung	65
II. Verkehrspflichten bei mittelbaren Verletzungshandlungen	66
III. Systematische Verortung	67
IV. Inhalt und Grenzen der Verkehrspflichten	68
V. Parallele zu den Prüfungspflichten	69
D. Exkurs: Dogmatik der Sorgfaltspflichten im Rahmen der Fahrlässigkeitshaftung	69
E. Dogmatik der Prüfungspflichten	70
I. Systematisches Verhältnis zu den Verkehrspflichten	70
1. Meinungsstand	70
2. Eigener Ansatz: Allgemeine Gefahrvermeidungspflichten als systematischer Oberbegriff	71
3. Dogmatische Begründung	72
a) Allgemeines	72
b) Rechtsschutzrichtung	72
c) Umfang des Pflichtenkreises	72
d) Terminologie	73

II. Verortung im Prüfungsaufbau .....	74
III. Zeitliche Begrenzung der Prüfungspflichten? .....	75
F. Systematisierung der Kriterien .....	76
I. Methodischer Ansatz .....	76
II. Der potentielle Störer und sein Handlungsbeitrag .....	77
1. Grundrechtsrelevanz .....	77
a) Berufsausübungsfreiheit .....	77
b) Eigentumsfreiheit .....	78
c) Kommunikationsgrundrechte / Medienfreiheitsrechte .....	78
2. Objektive Bedeutung des Handlungsbeitrags .....	79
a) Nähe zum Primärverletzer .....	79
b) Grad der Veranlassung .....	79
c) Nützlichkeit und Sozialadäquanz .....	80
3. Motivlage .....	80
a) Zulässigkeit der Berücksichtigung .....	80
b) Nutzen aus der mittelbar verletzenden Tätigkeit .....	81
c) Kollusionselemente .....	82
4. Erkennbarkeit und Verhinderbarkeit der Rechtsverletzung .....	82
a) Grundsätzliches .....	82
b) Datenquantität .....	82
c) Datenqualität und Art der Inhalte .....	83
d) Herrschaftsgewalt über die Gefahrenquelle .....	84
5. Zumutbarkeit der Überwachungs- und Verhinderungsaufwendungen .....	84
a) Personal- und Sachmittelaufwand .....	84
b) Reduktion der Gefahrenquelle auf Null? .....	85
c) Hypothetische alternative Schadensverursachung .....	85
III. Der Primärverletzer und sein Handlungsbeitrag .....	86
1. Grundrechtsrelevanz .....	86
2. Rang der bedrohten Rechtsgüter .....	86
3. Grad der Eigenverantwortlichkeit .....	87
4. Erreichbarkeit effektiven Rechtsschutzes gegen den Primärverletzer .....	87
a) Problemaufriss und rechtspolitischer Hintergrund .....	87
b) Lösungsmöglichkeiten .....	88
aa) „Haftungshierarchie“ .....	88
bb) Eigener Ansatz .....	89
5. Ausnahmetatbestand „Zementierung rechtswidriger Zustände“? .....	89

<b>Viertes Kapitel: Spezifische Rechtslage für Telemedizin im Internet</b>	<b>91</b>
A. Gesetzliche Grundlagen	91
I. Einführung	91
II. IuKDG (1997)	92
1. Gesetzgebungsprozess	92
2. Regelungsinhalte	93
3. TDG (1997)	93
III. Mediendienste-Staatsvertrag (1997)	94
1. Gesetzgebungsprozess	94
2. Gesetzgebungskompetenz	94
IV. E-Commerce-Richtlinie	95
1. Reform der Providerhaftung	95
2. Herkunftslandprinzip	96
a) Regelungsgehalt	96
b) Einordnung ins System des IPR	96
V. EGG	97
1. Gesetzgebung und Regelungsinhalte	97
2. Intertemporale Abgrenzung	97
VI. TDG (2002) und MDSStV (2002)	98
VII. Telemediengesetz (2007)	98
B. Systematik der Providerhaftung	99
I. Überblick	99
II. Telemedizin	100
1. Begriffsklärung	100
2. Abgrenzung zwischen Telediensten und Mediendiensten	100
3. Begriff der „Nutzer“	101
III. Verantwortlichkeit und Haftung	102
1. Begriffsklärung	102
2. Haftungsausschlussklauseln („Disclaimer“)	103
IV. Inhalte und Information	104
V. Eigene und fremde Informationen	105
1. Problemaufriss	105
2. Zulässiger Fortbestand der Unterscheidung im nationalen Recht	106
3. Taugliche Abgrenzungskriterien	107
4. Vorschläge in der Literatur	108
a) Orientierung an presserechtlichen Maßstäben	108
b) Gedanke der urheberrechtlichen Veranstalterhaftung	109
c) Dienstespezifischer Ansatz	110
d) Abgrenzung nach „Sphären“	111

5. Insbesondere: „Zueigenmachen“ von Inhalten	111
6. Resümee und eigener Vorschlag	112
7. Darlegungs- und Beweislast	113
VI. Kenntnis	114
1. Grundlegende Differenzierung	114
a) Problemaufriss	114
b) Kenntniserfordernisse nach geltendem Recht	114
c) Rechtspolitische Gedanken	116
2. Begriff der Kenntnis	117
a) Zeitpunkt der Kenntniserlangung	117
b) Positive Kenntnis und fahrlässige Nichtkenntnis (Kennenmüssen)	117
3. Methoden der Kenntniserlangung und -verschaffung	118
a) Grundsätzliches	118
b) Rechtswidrige Kenntnisverschaffung	118
4. Kenntniszurechnung	119
a) Grundsätze	119
b) Wissenszurechnung innerhalb einer juristischen Person	119
aa) Organ und juristische Person	119
bb) Organisationsobliegenheit	120
c) Rechtliche Zusammenschau im Konzern	121
5. Darlegungs- und Beweislast	121
VII. Haftungssystematik des TMG	122
1. Bedeutung	122
2. Dogmatische Einordnung der Haftungsprivilegierungen	123
a) Problemaufriss	123
b) Keine materielle Begründung von Verantwortlichkeiten	123
c) Vorfilter / Nachfilter	123
d) Vorsatzlösung	124
e) Tatbestandsintegration	125
f) Gesetzliche Fixierung von Verkehrspflichten	125
g) Ergebnis	126
3. Haftung für eigene Informationen (§ 7 I TMG, Content-Provider)	126
4. Haftung für fremde Informationen, die zum Abruf bereitgehalten werden (§ 10 TMG, Host-Provider)	126
a) Regelungsgehalt	126
b) Exkurs: Notice-and-Take-Down-Verfahren gemäß § 512 U.S. Copyright Act	127
c) Vertragliche Haftung	128
d) Petitum de lege ferenda	128

5. Haftung für fremde Informationen, deren Zugriff vermittelt wird (§§ 8, 9 TMG, Access-Provider) . . . . .	129
6. Ausnahmeregelung des § 7 II 2 TMG (§ 8 II 2 TDG) . .	130
a) Entstehung . . . . .	130
b) Regelungsgehalt . . . . .	131
aa) Ausnahme der Unterlassungsansprüche von den Haftungsprivilegierungen . . . . .	131
bb) Kontrollüberlegung . . . . .	132
VIII. Haftung von Domainvergabestellen . . . . .	133
1. Begriffsklärung und Problemaufriss . . . . .	133
a) Domain-Name-System . . . . .	133
b) Bedeutung der Vergabestellen . . . . .	134
2. Haftung der DeNIC eG . . . . .	134
a) Einführung . . . . .	134
b) Haftung für eigenes Verhalten . . . . .	135
c) Störerhaftung der DeNIC eG . . . . .	135
aa) Rechtsprechung . . . . .	135
bb) Kritische Würdigung . . . . .	136
3. Haftung für Vergabe und Vermittlung von Subdomains . . . . .	137
IX. Haftung des administrativen Kontakts (Admin-C) . . . . .	138
1. Begriffsbestimmung und Problemaufriss . . . . .	138
2. Determinanten einer Störerhaftung des Admin-C . . . . .	139
a) Adäquate Kausalität . . . . .	139
b) Prüfungspflichten . . . . .	140
aa) Existenz und Umfang . . . . .	140
bb) Subsidiäre Haftung? . . . . .	141
X. Auskunftsansprüche gegen Provider . . . . .	142
1. Problemstellung . . . . .	142
a) Betroffene Interessen . . . . .	142
b) Gesetzliche Grundlagen . . . . .	143
2. Tatbestandliche Anknüpfungspunkte . . . . .	144
a) Allgemeines . . . . .	144
b) § 101 II 1 UrhG n.F. . . . .	144
c) § 101a UrhG a.F., § 19 MarkenG . . . . .	146
d) §§ 242, 259, 260 BGB . . . . .	146
3. Einfluss der Privilegierungstatbestände . . . . .	147
4. Kollidierendes Datenschutzrecht . . . . .	147
a) Grundkonflikt . . . . .	147
b) Einzelne Datenschutzbestimmungen . . . . .	147
c) Auflösung des Konflikts . . . . .	149

<b>Fünftes Kapitel: Störerhaftung im Internet – eine komplexe Synthese</b> .....	151
A. Einführung .....	151
B. Prüfungspflichten und Überwachungspflichten .....	152
I. Systematisches Verhältnis .....	152
II. Auswirkung der (Befreiung von) Überwachungspflichten auf materiell-rechtliche Kenntniserfordernisse .....	153
1. Problemaufriss .....	153
2. Kenntnis der Informationen als ungeschriebenes Tatbe- standsmerkmal? .....	153
a) §§ 8–10 TMG .....	153
b) Störerhaftung .....	154
3. Dogmatisches Folgeproblem: Uneinheitlicher Kenntnis- begriff .....	154
III. Konflikt zwischen § 7 II 1 TMG und der Auferlegung von Prüfungspflichten .....	155
1. Materiell-rechtliches Problem mit vollstreckungsrechtli- cher Dimension .....	155
2. Insbesondere: Auswirkungen auf die vorbeugende Stö- rerhaftung .....	155
3. Lösungsmöglichkeiten .....	155
a) Nichtanwendbarkeit des § 7 II 1 TMG auf Unterlas- sungsansprüche .....	155
b) Privilegierung der Erstverletzung .....	156
c) Allgemeine Überwachungspflichten und spezifische Überwachungs-/ Prüfungspflichten .....	156
4. Typisierung der Überwachungspflichten .....	157
5. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist schlecht!“ .....	158
C. Vollstreckungsrecht .....	159
I. Allgemeines .....	159
II. Tenor des Unterlassungsanspruchs .....	159
1. Grundlagen .....	159
a) Allgemeine Regeln .....	159
b) Auswirkungen auf die Überwachungspflichten der Dienstanbieter .....	160
2. Zwischenergebnis .....	160
III. Lösungsmöglichkeiten .....	160
1. Problemverschiebung ins Vollstreckungsverfahren? ...	160
2. Begrenzung auf ohne jede Inhaltsüberwachung verhin- derbare Verletzungserfolge? .....	161
3. Stellungnahme .....	162

D. Fazit: Auswirkungen auf die Anspruchsvoraussetzungen . . .	163
I. Unterlassungsanspruch gegen Diensteanbieter im Internet	163
II. Insbesondere: Bedeutung für die Abmahnung . . . . .	163
1. Kenntnisverschaffung als primäres Ziel der Abmahnung	163
2. Auswirkungen des materiellen Rechts auf die Kostenerstatungspflicht . . . . .	164
<b>Sechstes Kapitel: Haftung der Online-Auktionsplattformen . . . .</b>	<b>165</b>
A. Einführung . . . . .	165
I. Problem . . . . .	165
II. Begriffsklärungen . . . . .	167
B. Haftung des Einstellers . . . . .	168
I. Situation . . . . .	168
II. Anwendung allgemeiner Regeln . . . . .	168
C. Übersicht zum Spektrum der Haftung des Betreibers der Auktionsplattform . . . . .	169
I. Einführung . . . . .	169
II. Haftungskonstellationen außerhalb des Zivilrechts . . . . .	169
1. Strafrecht . . . . .	169
a) Handel mit verbotenen Gegenständen . . . . .	169
b) Insbesondere: Verbreitung pornographischer Schriften und Darbietungen . . . . .	169
c) „Produktpiraterie“ und „Raubkopien“ . . . . .	170
d) Äußerungsdelikte . . . . .	170
e) Betrug und Hehlerei . . . . .	171
2. Öffentliches Recht . . . . .	171
a) Gewerberechtliche Zulassungspflichtigkeit . . . . .	171
b) Jugendschutz . . . . .	172
III. Zivilrechtliche Haftung . . . . .	172
1. Vertragliche Haftung . . . . .	172
2. Außervertragliche Haftung . . . . .	173
a) Wettbewerbsrechtliche Haftung für „Sniper-Software“ . . . . .	173
b) Haftung für negative Nutzerbewertungen . . . . .	173
c) Deliktische Haftungstatbestände . . . . .	174
D. Anwendbarkeit des TMG . . . . .	175
I. Grundsätzliches . . . . .	175
1. Telemediengesetz . . . . .	175
2. Frühere Rechtslage . . . . .	175
a) Teledienst . . . . .	175
b) Diensteanbieter . . . . .	176
c) Anwendbarkeit des MDStV . . . . .	176

3. Nichtanwendbarkeit auf Unterlassungsansprüche . . . . .	177
II. Sperrwirkung der GMVO . . . . .	177
1. Problemaufriss . . . . .	177
2. Vorliegen eines Konflikts . . . . .	177
3. Rangverhältnis im europäischen Sekundärrecht . . . . .	178
4. Kontrollüberlegung . . . . .	179
III. Einordnung in die Kategorien des TMG . . . . .	179
1. Eigene oder fremde Informationen . . . . .	179
2. Kenntnis . . . . .	180
E. Haftung für eigenes Handeln . . . . .	181
I. Täterschaftliche Begehungsform (§ 830 I 1 BGB) . . . . .	181
II. Teilnehmerhaftung (§ 830 II BGB) . . . . .	181
F. Störerhaftung der Betreiber von Online-Auktionsplattformen . . . . .	182
I. Einführung . . . . .	182
II. Sonderprogramme für Rechteinhaber . . . . .	183
1. Darstellung anhand des VeRI-Programms von eBay . . . . .	183
2. Auswirkungen auf die Haftung des Betreibers . . . . .	183
III. Differenzierte Haftung . . . . .	183
G. Differenzierendes Modell der Überwachungs- und Prüfungspflichten . . . . .	184
I. Grundsätzliche Haftung . . . . .	184
II. Eintritt und Umfang der verschärften Haftung . . . . .	184
1. Konkrete Gefährdungslage unabhängig von Erstverletzung . . . . .	184
a) Dogmatische Begründung . . . . .	184
b) Beispiele . . . . .	184
2. Nach Kenntniserlangung von konkreter Erstverletzung . . . . .	185
III. Kriterien für die Bestimmung der relativen Überwachungs- pflichten . . . . .	185
1. Grundsätzliches . . . . .	185
2. Verletzerbezogene Kriterien . . . . .	186
a) Probleme der Identifizierung des Verletzers . . . . .	186
b) Sperrungsverpflichtung? . . . . .	186
3. Erstverletzungsbezogene Kriterien . . . . .	187
a) Konkrete Erstverletzung . . . . .	187
b) Abstrahierungsmöglichkeiten . . . . .	188
4. Weitere Anknüpfungspunkte . . . . .	188
a) Produktbeschreibung . . . . .	188
b) Preis . . . . .	189
IV. Zeitliche Begrenzung der Überwachungs- und Prüfungspflichten? . . . . .	189
V. Vergleich mit der Haftungsprivilegierung nach dem TMG . . . . .	190

<b>Siebtes Kapitel: Haftung der Online-Diskussionsplattformen</b> . . .	191
A. Einführung und Begriffsklärungen . . . . .	191
I. Diskussionsplattformen . . . . .	191
II. Wichtige Begriffe . . . . .	191
1. Diskussionsfaden / <i>T h r e a d</i> . . . . .	191
2. Administrator und Moderator . . . . .	192
3. Anmeldung / Registrierung . . . . .	192
B. Haftung der Nutzer von Diskussionsplattformen . . . . .	193
I. Haftung des Autors . . . . .	193
II. Insbesondere: Die Auswirkungen der Pseudonymität . . . . .	194
III. Das „virtuelle Hausrecht“ . . . . .	194
1. Notwendigkeit . . . . .	194
2. Dogmatische Begründung . . . . .	195
C. Übersicht zum Spektrum der Haftung des Betreibers der Diskussionsplattform . . . . .	196
D. Haftung für eigenes Handeln . . . . .	198
I. Haftung als Täter (§ 830 I 1 BGB) oder Teilnehmer (§ 830 II BGB) . . . . .	198
II. „Zueigenmachen“ von Informationen . . . . .	198
1. Grundsätzliches . . . . .	198
2. Sonderkonstellationen . . . . .	199
a) Ankündigung regelmäßiger Prüfung . . . . .	199
b) Obligatorische Einzelfreischaltung von Beiträgen . . . . .	199
E. Störerhaftung des Plattformbetreibers . . . . .	200
I. Besonderheiten der Kennnizzurechnung . . . . .	200
II. Absolute Überwachungs- und Prüfungspflichten . . . . .	200
1. Grundsätzliches . . . . .	200
2. „Herausforderungsfälle“ . . . . .	201
a) Bösgläubigkeit des Betreibers . . . . .	201
b) Berichterstattung zu kontroversen Themen . . . . .	201
III. Relative Überwachungs- und Prüfungspflichten . . . . .	202
1. Notwendige Differenzierung nach dem betroffenen Schutzrecht . . . . .	202
2. Kriterien für relative Überwachungspflichten . . . . .	203
a) Erstverletzungsbezogene Kriterien . . . . .	203
b) Erstverletzerbezogene Kriterien . . . . .	204
IV. Zeitliche Begrenzung der Überwachungs- und Prüfungs- pflichten? . . . . .	204

<b>Achtes Kapitel: Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	205
A. Störerhaftung .....	205
B. Providerhaftung .....	205
C. Haftung der Online-Auktionsplattformen und der Online- Diskussionsplattformen .....	206
D. Ausblick .....	207
Stichwortverzeichnis .....	209